

142

Verordnung**zum Schutze von Landschaftsteilen im Landkreis Melsungen**

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) sowie des § 13 der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) wird mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Kassel als höhere Naturschutzbehörde folgendes verordnet:

§ 1

Die in der Landschaftsschutzkarte bei dem Kreisauausschuß als untere Naturschutzbehörde in Melsungen mit grüner Umrahmung eingetragenen Landschaftsteile der nachstehenden Gemeinden werden mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung dem Schutze des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt:

- | | |
|---------------------------|--|
| 1. Melsungen: | Flur 15, Parzellen 194 u. 195 (Pappelallee und Buschwerk am Mühlengraben der Katzmühle). |
| 2. Guxhagen und Wollrode: | Flur 4 (Schwarzbachtal). |
| 3. Guxhagen: | Flur 13, Parzelle 9 (Wäldchen bei der ehem. Obstbaumschule Breitenau). |
| 4. Guxhagen: | Flur 6, Parzelle 18 (Akazienbestand am südl. Tunneleingang). |
| 5. Dagobertshausen: | Flur 1, Parzelle 165/156 (Waldbestand im Graben am Ortsausgang nach Malsfeld). |
| 6. Deute: | Flur 3, Parzelle 150/1 (Wäldchen südwestl. Deute, an der Bundesstraße 254). |
| 7. Lobenhausen: | Flur 1, Parzellen 2 u. 3 (Wäldchen links der Fulda zwischen Lobenhausen und Wagenfurth). |
| 8. Wagenfurth: | Flur 3, Parzellen 16 u. 17 (Wäldchen links der Fulda zwischen Lobenhausen und Wagenfurth). |
| 9. Hesserode: | Flur 7, Parzellen 51/28, 29, 30 u. 31 (Wasserburg am südöstl. Dorfausgang). |

- | | |
|--------------------|--|
| 10. Konnefeld: | Flur 6, Parzelle 35 (Wacholderbestand „Hain“, 1,5 km südl. d. Dorfausganges). |
| 11. Malsfeld: | Flur 1, Parzelle 23/1 (Waldbestand „Maikütte“, 600 m westl. d. Bahnhofs). |
| 12. Rhünda: | Flur 2, Parzelle 166/17 (Rhündaberg und Rhündatal vom Dorfende bis Grundmühle).
Flur 5, Parzelle 13/1 (Rhündaberg und Rhündatal vom Dorfende bis Grundmühle). |
| 13. Wolfershausen: | Flur 6, Parzellen 11, 12 u. 13 (Wäldchen 1 km südwestl. des Ortes). |
| 14. Körle: | Flur 10, Parzellen 18, 26 u. 64/17 (Wald links der Mülmisch, Eingang des Mülmischtales zwischen Straße und Bach). |
| 15. Lohre: | Flur 2, Parzelle 24 (Eichenbestand, etwa 150 m nördlich des Dorfes). |
| 16. Heina: | Flur 8, Parzelle 46 (Buschwerk „Häusergrund“ südwestl. des Dorfes). |
| 17. Hilgershausen: | Flur 5, Parzelle 67 (Wäldchen am „Geschellenberg“, ca. 200 m südwestl. am Hang des Geschellenberges). |

§ 2

1. Im Bereich der im § 1 genannten Landschaftsschutzgebiete dürfen Veränderungen, die geeignet sind, das Landschaftsbild oder die Natur zu beeinträchtigen, nicht vorgenommen werden.

2. Im Bereich der Landschaftsschutzgebiete ist im einzelnen folgendes verboten:

- die Errichtung von Bauwerken aller Art, auch von solchen, die einer bauaufsichtlichen Genehmigung nicht bedürfen (z. B. Wochenendhäusern, Verkaufsbuden — bezüglich Planung von Siedlungen siehe § 3 —;
- die Beseitigung oder Beschädigung der innerhalb der geschützten Landschaftsteile vorhandenen Landschaftsbestandteile, insbesondere der vorhandenen Hecken jeder Art, der Bäume und Gehölze außerhalb des geschlossenen Waldes, der Tümpel und Teiche, der Findlinge und Felsblöcke;
- die Rodung oder der Kahlschlag von Waldstücken, die Vernichtung oder Überschüttung von Mutterboden und die Beseitigung des Falllaubes in Waldstücken;
- das Lagern von Abfällen, Müll und Schutt;

Einbanddecken

zum Staats-Anzeiger Jahrgang 1956

Stückpreis DM 3,40 zuzügl. Versandkosten
bitte bis 20. 1. 1957 bestellen.

Lieferung erfolgt Anfang Februar.

Staats-Anzeiger für das Land Hessen

Anzeigen und Vertrieb:

Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Tel. 2 58 61

Als Drucksache einsenden

An den

Staats-Anzeiger
für das Land Hessen

Vertriebsabteilung

Wiesbaden

Herrnmühlgasse 11 A

- e) die Errichtung von Stacheldraht- und Maschendrahtzäunen (zugelassen ist die Einfriedigung von land-, forst- und gartenbaulich genutzten Grundstücken in landschaftsgebundener werkgerechter Ausführung);
- f) das Parken von Wagen und Krafträdern außerhalb der Wege;
- g) das Lagern, Zelten und Baden an anderen als hierfür angewiesenen Plätzen.

§ 3

1. Eingriffe, die zu einer Veränderung des Landschaftsbildes führen können, bedürfen der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde. Insbesondere ist diese Genehmigung erforderlich:

- a) für die Anlage von Abschütthalden, Steinbrüchen, Baggerbetrieben, Kies-, Sand- und Lehmgruben oder die Erweiterung bestehenden Betriebe;
- b) für den Bau von Drahtleitungen;
- c) für das Anbringen von Bild- und Schrifttafeln, soweit sie nicht auf den Schutz der Landschaftsschutzgebiete hinweisen oder als Ortshinweise dienen oder Wohn- und Gewerbebezeichnungen an den Wohn- und Betriebsstätten darstellen;
- d) für die Errichtung von Siedlungen.

2. Diese Genehmigungen können unter Auflagen erteilt werden, die mit dem Sinne dieser Verordnung im Einklang stehen; ggf. können Bedingungen des Ersatzes durch geeignete landschaftspflegerische Maßnahmen gestellt werden.

§ 4

1. Vorhandene landschaftliche Verunstaltungen sind auf Anordnung der unteren Naturschutzbehörde zu beseitigen, sofern es sich nicht um behördlich genehmigte Anlagen handelt und die Beseitigung ohne größere Aufwendungen möglich ist.

2. Zur Beseitigung von Verunstaltungen sind die Grundstückseigentümer verpflichtet, die Wiederaufforstung von

Kahlschlägen und die Nachpflanzung von Hecken und sonstigen Landschaftsbestandteilen zu dulden, soweit nicht dies dem Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten zumutbar und für die ohne größere Aufwendungen möglich sind.

§ 5

Unberührt bleiben:

1. die bisherige Nutzung und pflegerischen Maßnahmen in der Landwirtschaft und gewerblichen Wirtschaft, sofern sie dem Zweck dieser Verordnung nicht widersprechen;
2. die rechtmäßige Jagd und Fischerei;
3. die ordnungsmäßige Nutzung der Forstbestände (nur als Durchforstung);
4. die Maßnahmen zur Pflege von Hecken, Bäumen und Gehölzen, außerhalb des Waldes.

§ 6

Ausnahmen zu den Vorschriften im § 2 können von der unteren Naturschutzbehörde in besonderen Fällen zugelassen werden.

§ 7

Gegen die Entscheidung auf Grund der §§ 3 und 6 dieser Verordnung ist die Beschwerde bei der höheren Naturschutzbehörde binnen 2 Wochen seit Bekanntgabe der Entscheidung gegeben.

§ 8

Wer gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstößt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und dem § 16 der Durchführungsverordnung bestraft.

§ 9

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntgabe im Staats-Anzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Melsungen, 31. 12. 1956

Der Kreis Ausschuss des Landkreises Melsungen
als untere Naturschutzbehörde

Staatsanzeiger für das Land Hessen. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich: für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Frankfurt (Main), Münchener Str. 54, Tel. 3 12 14 und 3 11 96. Anzeigenannahme und Vertrieb: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Tel. 2 58 61. Anzeigenschluß: jeden Dienstag 16 Uhr. Anzeigenpreis lt. Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. 4. 1956. Der Staats-Anzeiger erscheint wöchentlich samstags, fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Bezugspreis vierteljährlich DM 2,25 zuzüglich DM 0,27 Zustellgebühr. Umfang der vorliegenden Ausgabe: 32 Seiten. Auflage 9000.

Einzelstücke (Postversand) gegen Vorauszahlung von DM 0,50 auf Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 1173 37, Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Ffm.

Wir sind an der einseitig gedruckten

Ausgabe B des Staats-Anzeiger

interessiert und würden zum Dauerbezug

..... Exemplare

bestellen.

Im Bezug der zweiseitig gedruckten Ausgabe A des Staats-Anzeiger würde dadurch eine Änderung nicht eintreten.

.....
Ort, Datum

.....
Dienststempel und Unterschrift

Der Sonderdruck

Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Hessen durch Landesbaudarlehen — Wohnungsbaurichtlinien 1957 —

ist zum Stückpreis von DM 0,65
einschl. Versandkosten erhältlich.

Verlag des Staats-Anzeiger für das Land Hessen
Frankfurt (Main), Wiesbaden,
Mündener Straße 54 Herrnmühlgasse 11 A

(Postzustellung gegen Voreinsendung des Betrages auf
Postscheckkonto Ffm. Konto Nr. 117 337, Verlag
Kultur und Wissen GmbH., Frankfurt/Main. —
Sammelbestellungen gegen Rechnung)

13 (1), des § 15, des § 16 (1), des § 21 und des § 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und an das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) i. V. m. § 6 (1 u. 2), § 7 (1 bis 4), § 9 und § 17 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. des § 22 des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159) wird mit Zustimmung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1
§ 4 der o. a. Naturdenkmalverordnung erhält folgende Fassung:
(1) Wer vorsätzlich ein Naturdenkmal oder seine geschützte Umgebung entfernt, zerstört oder verändert, wird gemäß § 21 RNG bestraft.
(2) Wer fahrlässig ein Naturdenkmal oder seine geschützte Umgebung entfernt, zerstört oder verändert, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 21a (1) RNG.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.
Melsungen, den 13. Nov. 1973
Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

Anpassungsverordnung
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen
a) alter Fuldaarm, Gemarkung Konnefeld vom 18. 3. 1964
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen und im Melsunger Tageblatt Nr. 69 vom 21. 3. 1964

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1
§ 4 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. des § 3 Abs. 1 dieser Verordnung vornimmt.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

Anpassungsverordnung
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen
a) Vockeröder Heide, Gemarkung Spangenberg/Ortsteil Vockerode vom 26. 1. 1966
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen und im Melsunger Tageblatt Nr. 34 vom 10. 2. 1966

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1
§ 4 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

Anpassungsverordnung
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen
a) Landschaftsschutzgebiet Helligenberg, Gemarkung Gensungen, vom 13. 6. 1950.

veröffentlicht im Amtlichen Kreisblatt Nr. 26 v. 30. 6. 1950
Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1
§ 4 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

Anpassungsverordnung
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen
a) Burgberg der Altenburg, Gemarkung Felsberg
b) Schloßberg der Felsburg, Gemarkung Felsberg
c) Acker auf dem Weinberg (alter Schießstand), Gemarkung Felsberg
d) Abhang des Kesselberges, Gemarkung Melsungen
e) Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der alten Fuldaerbrücke, Gemarkung Melsungen
f) Insel mit Erlengebüsch am östlichen Fuldaufer zwischen der alten Brücke und dem Wehr, Gemarkung Melsungen
g) Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des Bahnhofs, Gemarkung Melsungen
h) Altwasser der Fulda, Gemarkung Melsungen-Ortsteil Röhrenfurth
i) Schloßberg in Spangenberg, vom 19. 12. 1969

veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen vom 27. 1. 1970
Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1
§ 5 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. § 3 Abs. 1 Buchst. a-h dieser Verordnung vornimmt.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

Anpassungsverordnung
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen
a) Burgberg der Altenburg, Gemarkung Felsberg
b) Schloßberg der Felsburg, Gemarkung Felsberg
c) Acker auf dem Weinberg (alter Schießstand), Gemarkung Felsberg
d) Abhang des Kesselberges, Gemarkung Melsungen
e) Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der alten Fuldaerbrücke, Gemarkung Melsungen
f) Insel mit Erlengebüsch am östlichen Fuldaufer zwischen der alten Brücke und dem Wehr, Gemarkung Melsungen
g) Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des Bahnhofs, Gemarkung Melsungen
h) Altwasser der Fulda, Gemarkung Melsungen-Ortsteil Röhrenfurth
i) Schloßberg in Spangenberg, vom 19. 12. 1969
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen vom 27. 1. 1970

d) Schwarzbachtal, Gemarkung Guxhagen/Wollrode
e) Wäldchen bei der ehem. Obstbauschule Breitenau, Gemarkung Guxhagen
f) Akazienbestand am südlichen Tunneleingang, Gemarkung Guxhagen
g) Waldbestand im Graben am Ortsausgang nach Malsfeld, Gemarkung Malsfeld-Ortsteil Dagobertshausen
h) Wäldchen südwestl. Deute, an der B 254

g) Wäldchen links der Fulda zwischen Lobenhäusen und Wagenfurth, Gemarkung Körle-Ortsteil Lobenhäusen und Wagenfurth
h) Wasserburg am südöstl. Dorfausgang, Gemarkung Gensungen-Ortsteil Hesserode

i) Wacholderbestand im „Hain“, Gemarkung Konnefeld
j) Waldbestand „Malkütte“, Gemarkung Malsfeld
k) Rhündaberg und Rhündatal vom Dorfende bis Grundmühle, Gemarkung Rhünda

l) Wäldchen südwestlich von Wolfershausen, Gemarkung Brunlar-Ortsteil Wolfershausen
m) Wald links der Mülmisch, Eingang des Mülmischtales zwischen Straße und Bach, Gemarkung Körle
n) Eichenbestand nördlich von Lohre, Gemarkung Felsberg-Ortsteil Lohre

o) Buchwerk „Häusergrund“, Gemarkung Heina
p) Wäldchen am Geschellenberg, Gemarkung Hilgershausen
vom 31. 12. 1956

veröffentlicht im Hess. Staatsanzeiger Nr. 2 vom 12. 1. 1957

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1
§ 8 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. des § 3 dieser Verordnung vornimmt.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

Anpassungsverordnung
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen
a) Burgberg der Altenburg, Gemarkung Felsberg
b) Schloßberg der Felsburg, Gemarkung Felsberg
c) Acker auf dem Weinberg (alter Schießstand), Gemarkung Felsberg
d) Abhang des Kesselberges, Gemarkung Melsungen
e) Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der alten Fuldaerbrücke, Gemarkung Melsungen
f) Insel mit Erlengebüsch am östlichen Fuldaufer zwischen der alten Brücke und dem Wehr, Gemarkung Melsungen
g) Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des Bahnhofs, Gemarkung Melsungen
h) Altwasser der Fulda, Gemarkung Melsungen-Ortsteil Röhrenfurth
i) Schloßberg in Spangenberg, vom 19. 12. 1969
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen vom 27. 1. 1970

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1
§ 5 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. § 3 Abs. 1 Buchst. a-h dieser Verordnung vornimmt.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

Anpassungsverordnung
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen
a) Burgberg der Altenburg, Gemarkung Felsberg
b) Schloßberg der Felsburg, Gemarkung Felsberg
c) Acker auf dem Weinberg (alter Schießstand), Gemarkung Felsberg
d) Abhang des Kesselberges, Gemarkung Melsungen
e) Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der alten Fuldaerbrücke, Gemarkung Melsungen
f) Insel mit Erlengebüsch am östlichen Fuldaufer zwischen der alten Brücke und dem Wehr, Gemarkung Melsungen
g) Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des Bahnhofs, Gemarkung Melsungen
h) Altwasser der Fulda, Gemarkung Melsungen-Ortsteil Röhrenfurth
i) Schloßberg in Spangenberg, vom 19. 12. 1969
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen vom 27. 1. 1970

Anpassungsverordnung

Landschaftsschutzverordnung für folgende Landschaftsteile im Kreis Melsungen



- a) Pappelallee u. Buschwerk am Mühlengraben der Katzmühle, Gemarkung Melsungen
- b) Schwarzbachtal, Gemarkung Guxhagen/Wollrode
- c) Wäldchen bei der ehem. Obstbaumschule Breitenau, Gemarkung Guxhagen
- d) Akazienbestand am südlichen Tunneleingang, Gemarkung Guxhagen
- e) Waldbestand im Graben am Ortsausgang nach Malsfeld, Gemarkung Malsfeld-Ortsteil Dagobertshausen
- f) Wäldchen südwestl. Deute, an der B 254
- g) Wäldchen links der Fulda zwischen Lobenhausen u. Wagenfurth, Gemarkung Körle-Ortsteil Lobenhausen u. Wagenfurth
- gsh
- i) Wacholderbestand im "Hain", Gemarkung Konnefeld
- j) Waldbestand "Maikütte", Gemarkung Malsfeld
- k) Rhündaberg und Rhündatal vom Dorfende bis Grundmühle, Gemarkung Rhünda
- l) Wäldchen südwestlich von Wolfershausen, Gemarkung Brunslar-Ortsteil Wolfershausen
- m) Wald links der Mülmisch, Eingang des Mülmischtales zwischen Straße und Bach, Gemarkung Körle
- n) Eichenbestand nördlich von Lohre, Gemarkung Felsberg-Ortsteil Lohre
- o) Buschwerk "Häusergrund", Gemarkung Heina
- p) Wäldchen am Geschellenberg, Gemarkung Hilgershausen

vom 31. 12. 1956

veröffentlicht im Hess. Staatsanzeiger Nr. 2 vom 12.1.1957

Auf Grund der §§ 5, 19 und 21 a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26.6.1935 (RGBl. I S. 821) i.d.F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20.1.1938 (RGBl. I S.36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5.10.1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31.10.1935 (RGBl. I S. 1275) i.d.F. der Ergänzungsverordnungen vom 16.9.1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6.8.1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8.3.1968 (GVBl. I S.63) i.V.m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25.10.1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

Artikel 1

§ 8 der o.a. Verordnung erhält folgende Fassung :

Ordnungswidrig i.S. des § 21 a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. des § 3 dieser Verordnung vornimmt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.

Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß
des Landkreises Melsungen
- als untere Naturschutzbehörde -

Die Übereinstimmung mit dem Original
wird hiermit bescheinigt

Regierungspräsidium Kassel
den 17.05.2010

Im Auftrag
Landgräfe
(Landgräfe)



und beim

Regierungspräsidium Darmstadt
— Abteilung Staatliches Umweltamt Wiesbaden —
— Obere Wasserbehörde —
Lessingstraße 16
65189 Wiesbaden

und beim

Magistrat der Stadt Bad Homburg
Fachbereich Stadtplanung
— Umwelt- und Landschaftsplanung —
Rathausplatz 1

61348 Bad Homburg v. d. Höhe

archivmäßig verwahrt und können dort von jeder Person während der Dienststunden eingesehen werden.

Weitere Ausfertigungen der Karten befinden sich beim

1. Landrat des Hochtaunuskreises
— Staatliches Amt für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz —
Ludwig-Erhard-Anlage 5
61352 Bad Homburg v. d. Höhe
2. Landrat des Hochtaunuskreises
— Untere Wasserbehörde —
Ludwig-Erhard-Anlage 1—4
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
3. Kreisausschuss des Hochtaunuskreises
— Bauaufsichtsbehörde —
Ludwig-Erhard-Anlage 1—4
61348 Bad Homburg v. d. Höhe
4. Landrat des Wetteraukreises
— Hauptabteilung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz —
Homburger Straße 17
61169 Friedberg (Hessen)
5. Landrat des Wetteraukreises
— Untere Wasserbehörde —
Pfungstweide 7
61169 Friedberg (Hessen)
6. Kreisausschuss des Wetteraukreises
— Bauaufsichtsbehörde —
Europaplatz 1
61169 Friedberg (Hessen)
7. Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Untere Wasserbehörde —
Galvanistraße 28
60486 Frankfurt am Main
8. Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Braubachstraße 15
60311 Frankfurt am Main

§ 2

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 20. Juni 2002

Regierungspräsidium Darmstadt
gez. Dieke
Regierungspräsident
StAnz. 35/2002 S. 3259

851

Verordnung über die Feststellung des Überschwemmungsgebietes des Seemenbaches mit Daukenbach, Reichenbach und Pferdsbach/Kälberbach in den Gemarkungen Büdingen, Kefenrod, Mittel-Seemen, Nieder-Seemen, Ober-Seemen, Rinderbügen, Wenings, Wolferborn, Landkreis Wetterau

Vom 29. Juli 2002

Aufgrund des § 32 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) in der Fassung vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2002 (BGBl. I S. 1914) und des § 69 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 22. Januar 1990 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 324), wird verordnet:

§ 1

Festsetzung und Abgrenzung

(1) An dem Seemenbach mit Daukenbach, Reichenbach und Pferdsbach/Kälberbach wird in den Gemarkungen Büdingen, Ke-

fenrod, Mittel-Seemen, Nieder-Seemen, Ober-Seemen, Rinderbügen, Wenings und Wolferborn von km 31,630 bis km 9,563 ein Überschwemmungsgebiet festgestellt.

(2) Von dem Überschwemmungsgebiet sind folgende Bereiche betroffen:

Stadt Büdingen

Gemarkung Büdingen Flur 1, 3, 4, 5, 6, 18, 19 und 30
Gemarkung Wolferborn Flur 9, 10, 11, 17, 18, 19, 20 und 25
Gemarkung Rinderbügen Flur 1, 2, 5 und 6

Gemeinde Kefenrod

Gemarkung Kefenrod Flur 1, 3, 5, 7, 8 und 9

Stadt Gedern

Gemarkung Ober-Seemen Flur 1, 2, 5 und 6
Gemarkung Mittel-Seemen Flur 1, 3, 5 und 6
Gemarkung Nieder-Seemen Flur 1, 2, 4, 5 und 6
Gemarkung Wenings Flur 5 und 6

(3) Das Gewässerbett gehört nicht zum Überschwemmungsgebiet. Gleiches gilt für das Gewässerbett der einmündenden Nebengewässer.

(4) Die Grenzen des Überschwemmungsgebietes ergeben sich aus den Lageplänen mit Katasterangabe im Maßstab 1 : 2 500 (Blatt Nrn. 6, 7, 10, 11, 15 und 19) und 1 : 5 000 (Blatt Nrn. 8, 9, 12, 13 und 14).

Die Grenze des Überschwemmungsgebietes ist mit einer roten durchgehenden Linie gekennzeichnet.

(5) Die in Absatz 4 aufgeführten Karten sowie zwei Übersichtskarten im Maßstab 1 : 25 000 sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden beim

Regierungspräsidium Darmstadt
Abteilung Staatliches Umweltamt
— Obere Wasserbehörde —
Gutleutstraße 114
60327 Frankfurt am Main

und beim

Magistrat der Stadt Büdingen
Zum Stadtgraben 7
63654 Büdingen

archivmäßig verwahrt und können dort von jeder Person während der Dienststunden eingesehen werden.

Weitere Ausfertigungen der Karten befinden sich beim

1. Staatlichen Landratsamt des Wetteraukreises
Hauptabteilung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
Homburger Straße 17
61169 Friedberg (Hessen)
2. Landrat des Wetteraukreises
— Untere Wasserbehörde —
Pfungstweide 7
61169 Friedberg (Hessen)
3. Kreisausschuss des Wetteraukreises
— Untere Bauaufsichtsbehörde —
Europaplatz 1
61169 Friedberg (Hessen)

§ 2

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 29. Juli 2002

Regierungspräsidium Darmstadt
gez. Dieke
Regierungspräsident
StAnz. 35/2002 S. 3260

852

Genehmigung der „Stiftung christliche Familienferien- und Tagungsstätte Dorfweil“;

hier: Berichtigung

Bezug: Veröffentlichung vom 30. Juli 2002 (StAnz. S. 3116)

Der richtige Name der Stiftung lautet: „Stiftung christliche Familienferien- und Tagungsstätte Dorfweil“ und nicht „Stiftung Christliche Familien- und Tagungsstätte Dorfweil“

Darmstadt, 20. August 2002

Regierungspräsidium Darmstadt
II 21.1 — 25 d 04/11 — (4) — 101
StAnz. 35/2002 S. 3260

853

KASSEL

Verordnung zur Aufhebung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Schwarzbachtal“, Gemeinde Guxhagen, Schwalm-Eder-Kreis

Vom 19. August 2002

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 364) wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Schwarzbachtal“, Teil der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Landkreis Melsungen (StAnz. 1957 S. 55), wird aufgehoben.

855

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Fortbildungsseminare des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsschulverband Darmstadt — führt nachfolgend aufgeführte Seminare durch.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 64283 Darmstadt, zu richten (Tel. 0 61 51/4 98 10, Fax: 0 61 51/49 81 50).

Thema: **Mutterschutz und Elternzeit im öffentlichen Dienst**

Kurs: **PW 04**

Themen-
schwerpunkte: Rechtsgrundlagen für
— Mutterschutzbestimmungen
— Erziehungsgeldbezug
— Elternzeit

Mutterschutz bei Arbeitnehmerinnen
Erziehungsgeld und Elternzeit bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
Sozialversicherungsrechtliche und tarifrechtliche Auswirkungen von Elternzeit und Erziehungsgeldbezug

Hinweis: Die Berechnung des Mutterschutzlohns und des Arbeitgeberzuschusses zum Mutterschaftsgeld werden nicht behandelt.

Termin: 14. Oktober 2002, 8.15 bis 15.30 Uhr

Thema: **Reisekostenrecht**

Kurs: **PW 14**

Themen-
schwerpunkte: Zweck und Grenzen des Reisekostenrechts
Rechtsquellen

Voraussetzungen für die Gewährung einer Reisekostenvergütung nach dem Reisekostenrecht, insbesondere Dienstreise

Bestandteile und Bemessung der Reisekostenvergütung

Termine: 10., 17., 24. September 2002, 8.15 bis 11.30 Uhr

Thema: **Verwaltungssprache in Theorie und Praxis**

Kurs: **KO 14**

Lernziel: Die Teilnehmer/innen sollen allgemeine Anforderungen an die Verwaltungssprache kennenlernen und erfahren, wie Texte verständlich

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 19. August 2002

Regierungspräsidium Kassel
— obere Naturschutzbehörde —
gez. Scheibelhuber
Regierungspräsidentin
StAnz. 35/2002 S. 3261

854

Genehmigung der „KURT TWELKER Stiftung“, Sitz Kassel

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1998 (GVBl. I S. 562), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 26. Juni 2002 errichtete „KURT TWELKER Stiftung“, Sitz Kassel, mit Stiftungsurkunde vom 11. Juli 2002 genehmigt.

Kassel, 14. August 2002

Regierungspräsidium Kassel
21.1 — 25 d 04/11 — 1.53
StAnz. 35/2002 S. 3261

Themen-
schwerpunkte:

und empfängergerecht („bürgernah“, „kundenorientiert“) formuliert und gestaltet werden können. Theorie und praktische Übungen sollen die Teilnehmenden dazu anregen, ihre schriftliche Sprache zu reflektieren. Formulierungsübungen dienen als Hilfestellung für die tägliche (Schreib-)Praxis.

— Anforderungen an die Verwaltungssprache
— Spannungsfeld: Präzision — Verständlichkeit — Wirtschaftlichkeit
— Textverständlichkeit
— Möglichkeiten zur Gliederung von Texten
— Empfehlungen zur Textoptimierung
— Praktische Übungen

Termine:

13. und 20. September 2002, 8.30 bis 13.30 Uhr

Thema:

Vernehmung von Beschuldigten/Zeugen

Kurs:

RO 38

Themen-
schwerpunkte:

Vernehmung von Beschuldigten
— Aussagepflicht
— Eröffnung der Beschuldigung
— Belehrung
— Vernehmung zur Person/Sache
— Schriftliche Äußerungen
— Besonderheiten bei Jugendlichen/Heranwachsenden
— Abgrenzung zur informatorischen Befragung
— Anwesenheitsrecht des Verteidigers
— Verbotene Vernehmungsmethoden
— Folgen der fehlenden Belehrung

Vernehmung von Zeugen

— Gesetzliche Bestimmungen
— Belehrung des Zeugen
— Zeugenfähigkeit
— Zeugnisverweigerungsrecht
— Vernehmungsmodelle
— Protokollierung
— Täteridentifizierung von Zeugen
— Der Zeuge vor Gericht

Termin:

12. September 2002, 8.15 bis 15.30 Uhr